

Klare Mehrheiten im Grossen Landrat

Die Geschäfte, über die der Grosse Landrat anlässlich seiner Sitzung vom vergangenen Donnerstag zu befinden hatte, reichten von Beiträgen an die Offenhaltung des Flüelapasses über Gewässer- und Auerwildschutz bis hin zum Spital und dem Verkehrsbetrieb Davos.

Barbara Gassler

Gleich beim ersten Geschäft wurde wieder einmal der sich durch den Davoser Grossen Landrat ziehende Riss deutlich. Von der bürgerlichen Ratsmehrheit wurde der Antrag des Kleinen Landrats (KL), bis zum Jahr 2019/20 den Verein Pro Flüela mit jährlich 25 000 Franken zu unterstützen, klar angenommen. Dieser Betrag war zwar schon letztes Jahr bis zum Jahr 2017 gesprochen worden, doch inzwischen konnte der Verein

mit dem Kanton für die verlängerte Offenhaltung des Flüelapass einen Fünfjahresvertrag abschliessen, und die Gemeinde sollte nach dem Antrag des KL hier gleichziehen. Nachdem sich Christian Thomann (EVP) schon vor Jahresfrist gegen eine Unterstützung von Pro Flüela ausgesprochen hatte, votierte er, und mit ihm vier weitere Landräte aus dem linken und grünen Lager, erneut dagegen.



Aufmerksame Zuhörer: die beiden FDP-Parlamentarier Hanspeter Ambühl und Iris Hoffmann.

bg

Zweimal keine Chance für Marugg

Das Kräfteverhältnis blieb auch in der Folge unverändert. Vier Landräte von Ballmoos, (GLP) enthielt sich der Stimme, sprachen sich für eine Überweisung des Postulats des Grünen Rolf Marugg zum Schutz des Auerhuhns (DZ vom 12.8.) aus, neun waren dagegen. Sie folgten der Argumentation des KL, dass der Schutz des Auerhuhns auf übergeordneter Stufe anzusiedeln sei, während Marugg darauf bestand, dass die laufende Mitarbeit im Waldentwicklungsplan (WEP) ein Auftrag an die Regierung sei. Diese wiederum hatte Marugg in ihrem Antrag aufgefordert beim WEP mitzuwirken. Das stiess jedoch bei SP – Severin Bischoff auf Widerstand. «Es ist nicht Sache des Parlaments,

einem Einzelmitglied Aufträge zu erteilen», fand er. Eine Aussage, der sich mit 9:5 Stimmen die Mehrheit des Parlaments für einmal blockübergreifend anschliessen konnte.

Doch bereits beim nächsten Geschäft, Maruggs Postulat zum Schutz und Nutzung der Gewässer (DZ 15.8.), waren die Fronten wieder klar. Marugg anerkannte, dass bei den Gewässern viele Einzelgeschäfte laufen würden und mahnte, dass es genau deswegen wichtig sei, bei der Gemeinde ein übergeordnetes Konzept zu haben. Die Diskussion entzündete sich richtig beim Stichwort Restwasserdotierung beim Kraftwerk Glaris der Albula Landwasser Kraftwerke (ALK). Der Einsitz habende Umweltbeauftragte Gian-Paul Calonder erklärte, dass hier der Vollzug beim Kanton liegen würde. Eine Restwassersanierung sei ökologisch dringend, wirtschaftlich gemäss der Hauptaktionärin Axpo jedoch nicht möglich. Die gegenwärtige Restwassermenge betrage im Winter 40 und im Sommer 100 Liter/Sekunde, erklärte er. Ökologisch sinnvoll seien jedoch 100 respektive 450 Liter/Sekunde. Sollten sich die betroffenen Parteien beim jetzt einberufenen Runden Tisch nicht einigen können, müsste der Kanton über die Restwassermengen entscheiden. Im Gesetz sei dabei jedoch die wirtschaftliche Tragbarkeit vorgegeben, erklärte er weiter und erwähnte die Möglichkeit von Schadenersatzforderungen. Mit 11:3 Stimmen verweigerte der GL anschliessend die Überweisung des Postulats.



Gian-Paul Calonder beantwortete Fragen zu den beiden Interpellationen.

bg

Mit der Antwort nicht zufrieden

In der Diskussion zu Philipp Wilhelms (SP) Interpellation zu Personal- und Finanzfragen beim Spital Davos betonte der zuständige und die Gemeinde im VR der Spital AG vertretende Landrat Herbert Mani dessen Vertrauen zu den Mitarbeitern und warb um eine positive Einstellung zur Arbeit des Spitals. Wilhelm unterstützte dieses Anliegen, forderte aber eine öffentliche Entschuldigung für Aussagen bei denen die Leistung des Personal in Frage gestellt worden sei. Ausserdem fragte er nach klaren Strategien, die po-

sitive Signale an rares Personal senden würden, und erklärte sich von der Antwort des KL zumindest teilweise befriedigt.

Nicht befriedigt von der Antwort des KL auf seine Interpellation betreffend der Führung der Busse des Verkehrsbetriebs Davos (VBD) über die Dorfstrasse war jedoch Christian Thomann (EVP). Man habe nur Gründe gesucht, warum es nicht gehe, fand er. Departementsleiter Simi Valärs Aussage, dass die Umlaufzeiten für einen Kehrplatz beim Depot des VBD zu kurz seien, liess er nicht gelten. «Schade, dass kein Versuch gewagt wurde.»

Die GPK zum Konkurs Stilli Park AG

Der Konkurs der Betreibergesellschaft des Hotels Intercontinental Davos, die Stilli Park AG im Frühjahr schreckte auch die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Landrats auf und sie sah sich die Sache genauer an.

Barbara Gassler

Im Bericht an das Parlament würdigte GPK-Präsident Phillip Wilhelm die konstruktive Zusammenarbeit mit den Davoser Behörden. Zurückblickend stellte er für die GPK fest, dass zur Zeit der Planung und Realisation ein grosser Druck für neue attraktive Hotelangebote im oberen Preissegment geherrscht haben müsse. Die enorme Bedeutung, die man dem Projekt beigemessen habe, sei nicht nur Treiber für eine Investitionswelle in der Davoser Hotellerie, sondern auch Anlass für diskutabile Vertragsbestimmungen gewesen. Wilhelm erinnerte ausserdem daran, dass sowohl Gemeinde, Kanton wie auch der Davoser Souverän das Projekt mit zahlreichen Sonder-

bestimmungen unterstützt hätten.

Innerhalb der Kompetenzen

Wichtig war für den GPK-Präsidenten, festzuhalten, dass die Gemeinde bei der Finanzierung des Projektes keine Rolle gespielt habe, jedoch Stundungen in der Höhe von 3,275 Millionen Franken gewährte. Davon seien gegenwärtig noch die ausstehenden Baubewilligungsgebühren von 275 000 Franken Teil der beim Konkurs gemeldeten Forderungen. Bei den Stundungen habe die Regierung innerhalb ihrer Kompetenzen gehandelt, und da für die Wasseranschlussgebühren ein gesetzliches Pfandrecht vorgelegen habe, sei die Gemeinde



Der Präsident der GPK, Phillip Wilhelm, berichtet dem Parlament über die Erkenntnisse der Kommission in Sachen Stilli Park. Im Hintergrund Severin Bischoff.

bg

auch kein Risiko eingegangen. Auf eine zusätzliche Sicherheit bei den Baubewilligungsgebühren habe man verzichtet, weil die investierende CS, respektive

deren Credit Suisse Real Estate Fund Hospitality einen überaus optimistischen Eindruck vermittelt habe, stellt die Wilhelm weiter fest.

Fragwürdiges Verhalten

Inzwischen gebe es zahlreiche Lieferanten mit Forderungen an die konkursite Stilli Park AG, welche sich auf rund 3,7

Millionen Franken belaufen sollen. Darunter die Forstbetriebe für Holzschnitzel, die EWD AG und DDO für Gästetaxen. Dabei kommt die GPK zum Schluss: «Zu diskutieren geben sollte insbesondere die Forderung der Intercontinental-Gruppe, welche durch ihre grosse Forderung für Managementgebühren die immer noch mögliche Begleichung offener Rechnungen vieler Lieferanten gefährdet.»

Ein Fragezeichen setzt die Kommission auch bei der Rolle der CS: «Die vom Fonds der CS im Zusammenhang mit dem Konkurs bezogenen 2,6 Millionen Franken gehören nach Auffassung des Konkursamtes bei jetzigem Stand des Wissens in die Konkursmasse, wie Sie der SO vom 12. August entnehmen konnten.» Ein Kollokationsplan sei in den nächsten zwei Monaten zu erwarten, fuhr Wilhelm fort und forderte als Präsident der GPK die Gemeinde auf, bei der Klärung der Sachverhalte aktiv mitzuwirken und das Konkursverfahren aktiv zu begleiten.